

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 10

Artikel: Wege aus der Krise : Bundesfinanzen aus sozialdemokratischer Sicht, 2. Teil
Autor: Hablützel, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339758>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

aufzufordern, ihre Aktivitäten gleichsam aus der Partei auszulagern.

Statt Programmdiskussion: pädagogische Vermittlung einiger Grundsätze, fordert Strahm.

Unwillkürlich kommt einem in den Sinn, wie die SPS seit einigen Jahren heisse Anträge in sogenannte Multipakete integriert und deren Behandlung «in einem späteren Zeitpunkt und in einem grösseren Zusammenhang» vorsieht, dass die SPS in heiklen Fragen (Selbstverwaltung, Regierungsbeteiligung) sogenannte Arbeitstagungen ohne Beschlusskompetenz durchführt und danach das Traktandum in den Schubladen verschwindet oder neuestens mit Fragebögen auf recht technische Art die Basis zu komplexen Problemen befragt, deren Auswertung hinter den Kulissen erfolgt. Musste man bei diesem Vorgehen nicht unbedingt schlechten Willen oder Manipulation unterstellen, sondern konnte bisher eingestanden werden, dass die Parteispitze ganz einfach in gewissen Fragen überfordert war, so zeigt nun das Rezept von Strahm, dass das Ganze

Methode hat: politische Differenzen innerhalb der Partei werden auf ein technisches Problem reduziert: dasjenige der Vermittlung. Klappt die Vermittlung, sind die Differenzen bereinigt. Man nennt dies: *Technokratie*. Ich zitiere noch einmal Richard Müller: «Ganz einfache Arbeiter verstehen gut, worum es geht.» Sie verstehen auch den Unterschied einer Partei, in welcher Differenzen ausgetragen werden und einer solchen, die als oberstes Ziel den äusseren Zusammenhalt hat. Die Differenzen über unseren Weg zum Sozialismus sind längst Realität. Fängt man diese ein, wie es Strahm fordert, in «zwei Dutzend allgemein akzeptierter Leitsätze im Sinne von Konsensthesen über die sozialdemokratischen Grundwerte», so ist eines sicher: die Partei ginge über ihre eigene Realität hinweg, die Differenzen würden weiterbestehen, ihre Austragung wäre abgeblockt, die Partei würde handlungsunfähig und nach aussen unglaublich. Um mit Strahm zu reden: «Die einzige, eher traurige, historische Nachwirkung könnte eine Parteispaltung sein.»

sie im ersten Teil dieses Artikels diskutiert worden sind, gebührend Rechnung tragen wollen. Die Richtlinien der Regierungspolitik 1979–1983, die im Frühjahr 1980 zusammen mit dem Legislaturfinanzplan dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet wurden, setzen das prioritäre Ziel, die Defizite bis 1983 weitgehend zu beseitigen. Sparmassnahmen einerseits und Neueinnahmen andererseits sollen in einem ausgewogenen Verhältnis zum angestrebten Rechnungsausgleich beitragen.

Doch dieser Sanierungsplan der Regierung ist wohl etwas zu ambitiös geraten. Der Bundesrat unterbreitete zwar rechtzeitig die notwendigen Vorlagen, aber das Parlament marschierte nicht überall mit, obwohl es zuvor alle diese Vorlagen mit verbindlichen Motionen verlangt hatte. Der Vorwurf mangelnden Führungswillens trifft somit – jedenfalls was die Finanzpolitik anbelangt – nicht die Regierung, sondern fällt auf die parlamentarischen Kritiker selbst zurück.

Sparmassnahmen

Die vorgesehenen Massnahmen auf der Ausgabenseite sind bereits zum grossen Teil verwirklicht worden. Der Bundesrat hat in eigener Kompetenz die Budgetwünsche der Departemente rigoros gekürzt. Weitere Abstriche sind im bundeseigenen Bereich kaum mehr realisierbar, wenn die Verwaltung ihre verfassungsmässigen Aufgaben noch einigermaßen erfüllen soll. Mit dem Sparpaket 1980 wurde auch der Transferbereich erheblich tangiert: So sind zum Beispiel die Brotverbilligungsbeiträge – zulasten der Konsumenten

Peter Hablützel

Wege aus der Krise

Bundesfinanzen aus sozialdemokratischer Sicht, 2. Teil

Die Finanzkrise des Bundes ist zum zentralen Thema schweizerischer Politik geworden. Ohne Sanierung des Bundeshaushalts ist eine zunehmende Blockierung staatlicher Problemlösungsfähigkeit absehbar. Hier wird sich weisen, ob unser politisches System überhaupt noch in der Lage ist, die anstehenden Fragen sinnvoll zu beantworten und Zukunftsaufgaben rechtzeitig in Angriff zu nehmen.

Finanzdepartement und Regierung haben die Tragweite dieser Finanzkrise erkannt.

Und sie haben deutlich gemacht, dass sie den Grenzen der Staatsverschuldung, wie

- vollständig gestrichen worden. Mit zeitlicher Befristung wurden auch die Kantonsanteile am Ertrag der Stempelabgaben und der Alkoholverwaltung aufgehoben (unter Beibehaltung des Alkoholzehntels) und die Bundesbeiträge - mit wenigen Ausnahmen in Härtefällen - linear um 10% gekürzt. Das sind drastische Eingriffe in die bisherige Ausgabenpolitik, die den Kantonen und Subventionsempfängern spürbare Einbussen bringen. Für die zeitlich befristeten Ausgabenkürzungen sind Anschlussprogramme vorgesehen. An die Stelle der generellen Reduktion der Bundesbeiträge soll eine strukturelle Bereinigung des Subventionswesens treten. Längerfristig geht es - im Sinne eines erst noch zu erlassenden Subventionsgesetzes - vor allem darum, die sogenannten Bagatellsubventionen auszumerzen, bei denen vielfach der Verwaltungsaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzeffekt steht. Auch die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, die in drei Tranchen verwirklicht werden soll, dürfte per Saldo die Bundeskasse wesentlich entlasten.

Neueinnahmen

Den einnahmenseitigen Sanierungsvorschlägen des Bundesrates war ein weniger günstiges Los beschieden. Verwirklicht ist bisher nur die erweiterte Umsatzbesteuerung bei Tabakwaren und im Goldhandel. Alle übrigen Massnahmen blieben vorerst im Parlament blockiert. Es lassen sich dabei drei Problembereiche unterscheiden:

1. *Bankensektor:* Das Parlament hatte 1978 den Bundesrat beauftragt, im florieren-

den Bankenbereich nach zusätzlichen Besteuerungsmöglichkeiten zu suchen und einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten. Die Regierung schlug Anfang 1980 - in Absprache mit der Nationalbank - die Ausdehnung der Verrechnungssteuer auf die Zinsen von Treuhandanlagen vor, da diese Geschäfte aufgrund der Währungslage unheimlich angewachsen sind und zudem nicht einzusehen ist, weshalb der Kleinsparer auf den Erträgen seines Bankbüchleins Verrechnungssteuern bezahlen muss, der Grosskunde auf seinen hochverzinslichen Treuhandguthaben jedoch nicht. Obwohl ein beinahe nur symbolischer Steuersatz von 5% vorgesehen ist, sträuben sich die bürgerlichen Parlamentarier gegen diesen Eingriff in die Interessen der Hochfinanz.

Dem unermüdlichen Einsatz unseres Finanzministers und der geschlossenen sozialdemokratischen Fraktion ist es zu danken, dass im Sommer 1981 der Nationalrat in einer denkwürdigen Abstimmung mit Namensaufruf wenigstens Eintreten beschlossen hat. Das weitere Schicksal der Vorlage bleibt indessen ungewiss.

2. *Energiesektor:* Der bundesrätliche Antrag, die bislang steuerbefreiten Energieträger (Gas, Elektrizität und Brennstoffe) der Warenumsatzsteuer (WUST) zu unterstellen, blieb in der nationalrätlichen Kommission blockiert, teils weil man eine zusätzliche Konsumbelastung nicht ohne Gegenleistung zum Beispiel im Bankenbereich hinnehmen, teils weil man die Frage einer zweckgebundenen Lenkungssteuer im neuen Energieartikel nicht präjudizieren wollte.

3. *Verkehrssektor:* Hier steht

neben Autobahnvignette und Tunnelgebühren, für die sich der Bundesrat aus erhebungstechnischen und staatspolitischen Gründen nicht erwärmen kann, eine Schwerverkehrsabgabe im Vordergrund, wie sie auch in der Gesamtverkehrskonzeption vorgesehen ist. Man kann dabei eigentlich kaum von einer Steuer sprechen, da laut Strassenrechnung die schweren Brummer wesentlich mehr Kosten verursachen, als sie bis anhin dem Staate an Abgaben schuldig sind. Die Regierung beantragte Anfang 1980, den dadurch entstandenen Kostenvorteil des privaten Autotransportgewerbes gegenüber dem öffentlichen Verkehr durch höhere Abgaben auszugleichen, was den zusätzlichen Vorteil kleinerer Bahndefizite mit sich bringen würde, die ja auch aus der Bundeskasse beglichen werden müssen. Obwohl von bürgerlichen Kreisen immer wieder das Verursacherprinzip gepredigt wird, konnte man sich im Parlament bisher für diese vernünftige Lösung nicht begeistern. Eine nationalrätliche Kommission schlägt nun eine Kombination von Vignette und Schwerverkehrsabgabe vor, die indes den Wettbewerbsvorteil im Güterverkehr lange nicht auszugleichen vermag und deshalb als Alibilösung bezeichnet werden muss. Ob allerdings im Strassenverkehrsbereich mehr Geld hereingeholt werden kann, ist angesichts des Widerstands der Interessenverbände eine politisch heikle Frage, zumal der Bundesrat gleichzeitig vorsieht, die Einnahmen aus Benzinzoll und Benzinzollzuschlag durch eine Lockerung ihrer Zweckbindung (Strassenbau, Autobahnbau) der Bundeskasse in vollem Umfang zu erhalten.

Finanzordnung

Die Widerstände in Parlament und Öffentlichkeit gegen jegliche Neueinnahmen demonstrieren die teils erklärte, teils unterschwellige Absicht vieler bürgerlicher Politiker, den Bundeshaushalt allein mittels Sparübungen zu sanieren. Ein weiterer Ausbau des Sozial- und Umverteilungsstaates kommt für diese Kreise offenbar überhaupt nicht mehr in Frage. Wo solch vornehme Zurückhaltung gegenüber Neueinnahmen in Kombination mit lautstarken Forderungen nach Aufstockung der Militärausgaben tritt, entspringt sie einer wiedererstarkten neoliberalen Arroganz bürgerlicher Macht. Manch einer träumt wohl gar von den guten alten Zeiten des Nachwächterstaates, der nur die Eigentumsordnung zu gewährleisten hatte. Reagan lässt grüssen.

Nicht zuletzt diese Widerstände bewogen die Regierung, die Vorlage betreffend Verlängerung der Finanzordnung zeitlich vorzuziehen, um dem Bunde wenigstens seine Haupteinnahmequellen langfristig sicherzustellen. Wehrsteuer und Warenumsatzsteuer erbringen zusammen 56% der gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes; sie sind bis Ende 1982 befristet. Der Bundesrat schlug eine dauerhafte Lösung vor, die über eine Erhöhung der Sozialabzüge und einen Rabatt die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer teilweise ausgleichen und mittels einer Wust-Satzerhöhung diese Steuerausfälle kompensieren sowie gleichzeitig Nettoeinnahmen von 650 Millionen Franken einbringen sollte, um der Sanierung des Bundeshaushaltes einen Schritt

näher zu kommen. Wie vorausgesehen war, kürzten zunächst die Volksvertreter und darauf die Ständeherren diese Mehreinnahmen um je etwa 150 Millionen Franken, worauf der Finanzminister sarkastisch meinte, er sei den Verfassungsvätern dankbar, dass sie es bei einem Zweikammersystem hätten bewenden lassen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen vermag auch sonst nicht in jeder Hinsicht vollständig zu befriedigen. Die Finanzordnung ist wiederum zeitlich befristet, das System der Sozialabzüge entspricht nicht unseren Idealvorstellungen, der Tarif für grosse Einkommen ist nicht erhöht und die proportionale Gewinnbesteuerung bei juristischen Personen ist nicht verwirklicht worden. Insgesamt bringt aber die Abstimmungsvorlage doch erhebliche Verbesserungen gegenüber der bestehenden Ordnung, insbesondere für kleine Einkommen, Halbfamilien und bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten. Und es geht ja letztlich vor allem darum, dem Bund die beiden Haupteinnahmequellen über 1982 hinaus zu erhalten, ohne dass Notrechtsmassnahmen ergriffen werden müssen, die der Staatsverdrossenheit nur Vorschub leisten könnten. Um nach zwei gescheiterten Anläufen 1977 und 1979 die Vorlage im Abstimmungskampf nicht zu gefährden, durfte sie mit Neuerungen politisch nicht überlastet werden. Unsere unberücksichtigten Postulate lassen sich zudem grösstenteils bei der bevorstehenden Revision auf Gesetzesstufe erneut anbringen. Geschäftsleitung und Parteivorstand haben deshalb für die Abstimmung vom 29. November 1981 mit gros-

sem Mehr die Ja-Parole beschlossen.

Fazit

Nach Ablauf der ersten Hälfte dieser Legislatur zeigen die Ergebnisse der Finanzpolitik ein wenig erfreuliches Bild. Die weiteren Aussichten sind ungewiss. Wir nehmen zwar in diesem Staat – wie Genosse Willi Ritschard treffend formuliert hat – grosse Anläufe und machen dann meist doch nur kleine Schritte. Das zeigt sich auch bei konzeptionellen Fragen ausserhalb der Finanzpolitik. Es kann deshalb nicht erstaunen, dass manche Parteimitglieder am Sinn der Regierungsbeteiligung und an der Parlamentsarbeit zu zweifeln beginnen. Bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen wäre es jedoch vermessen, wenn wir von unseren Mandatären erwarten würden, sie allein könnten für uns die Postulate des demokratischen Sozialismus in diesem Lande verwirklichen. Sie haben oft genug damit zu tun, die Angriffe wildgewordener Bürgerlichkeit auf unsern Sozialstaat abzuwehren. Um unsere Ziele zu erreichen, bedarf es auch in der Finanzpolitik in erster Linie einer dauernden Aufklärungs-, Bildungs- und Mobilisierungsarbeit in der ganzen Partei. Wenn wir hingegen die Finanzpolitik unter langfristiger Perspektive betrachten und bereit sind, die politischen Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen, so wird die Beurteilung des bisher Erreichten wesentlich positiver ausfallen. Wir haben nicht die Macht in diesem Staat und werden sie so bald auch nicht erringen. Also sind wir auf Kompromisse angewiesen, wenn wir unsere Interessen wenigstens teilweise realisieren und nicht in

Schönheit sterben wollen. Wir wissen auch, dass ein armer Staat kein sozialer Staat sein kann. Und wir haben zur Genüge erfahren, dass es in unserer Demokratie keine Kunst ist, Finanzvorlagen – sofern es keine Sparpakete sind – im Abstimmungskampf zu bodigen. Gerade in der Finanzpolitik brauchen wir jene breit abgestützten Kompromisse von der Mitte her, ohne die ein politisches System mit halbdirekter Demokratie meist nur zu Nullentscheiden fähig ist. Ich plädiere nicht für faule Kompromisse um jeden Preis. Wir müssen zu unseren Überzeugungen stehen, und wir sollen unsere Forderungen anmelden, aber wir dürfen nicht erwarten, dass wir sie allesamt durchsetzen können. Und wir müssen wissen, was uns wirklich wichtig ist. Ich glaube nicht, dass wir beim gegenwärtigen Bildungsstand und Organisationsgrad der Lohnabhängigen aus der Finanzkrise des bürgerlichen Staates für unsere Ziele Kapital schlagen können, und ich glaube noch viel weniger, dass wir in einer solchen Krise gar das Kapital als solches schlagen können. Derlei Hoffnungen haben sich leider als Illusion erwiesen. Vorläufig sind wir auf diesen Staat noch angewiesen, und wir müssen dafür sorgen, dass er uns weder unter dem Hintern wegrationalisiert noch finanziell kaputtgemacht wird!

Verschiedene Kampfformen

Diese Überlegungen sollen uns den Doppelcharakter unserer Bewegung und unserer Partei verdeutlichen: Wir kämpfen nicht bloss mit den Waffen der Opposition, sondern wir verfügen auch über die – ich bin versucht zu sagen «subversiven» – Mög-

lichkeiten der Integration in dieses System. Und es wird wohl niemand bestreiten wollen, dass wir im Laufe der Jahre auf diesem zweiten, «subversiven» Weg diesen Staat und dieses System verändert haben und einigen unserer Ziele erheblich näher gekommen sind. Aber wir haben unsere Strategie der Integration zu stark auf zwei Ziele ausgerichtet, die heute fragwürdig geworden sind: auf die rein quantitative Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt und auf die Stärkung des Zentralstaats. Wenn ich diese Ziele kritisch in Frage stelle, so bin ich mir der heiklen Situation durchaus bewusst, dass auch konservative Kreise mit anderer Zielsetzung ähnliche Fragen aufwerfen. Das berechtigt uns aber auch als Sozialisten nicht, an diesen zentralen Problemen vorbeizuschauen. Was die Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt betrifft, so wage ich zu behaupten, dass das Ende der Wachstumsepoche dieser Entwicklung gewisse Grenzen setzt. Der Kampf um die Verteilung des Kuchens wird härter werden, und es fragt sich, ob wir nicht vermehrt versuchen sollten, den «Besitzstand» zu wahren und unsere Kräfte auf qualitative Ziele zu konzentrieren: auf den Ausbau alternativer Wirtschaftsformen (Genossenschaftswesen, Selbstverwaltung, Selbstversorgung) einerseits und auf die internationale Kontrolle des international agierenden Kapitals andererseits. Denn mit rein quantitativer Aufblähung des Versorgungsstaats und nationaler Nabelschau ersticken wir nicht nur politische Initiative und Motivation des Bürgers, sondern werden auch zunehmend hilflos gegenüber der wachsenden

Macht internationaler Wirtschaftsmonopole, die sich einen Deut um unseren Sozialstaat scheren.

Wir sollten uns auch nicht mehr um die Stärkung nur des Zentralstaats kümmern. Durch die Aufblähung seiner Bürokratie und seiner komplizierten Gesetzgebung ist er für den Bürger ohnehin in unverständliche und unüberschaubare Ferne gerückt. Ich hege deshalb die leise Hoffnung, dass eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, die das föderalistische Element unseres Staates stärken soll, längerfristig auch positive Folgen für unsere Bewegung haben kann. Wenn auch vorerst gewisse Sozialleistungen in Frage gestellt sein werden, so öffnet sich doch auch die Chance, dass die Lohnabhängigen selber den sozialen Fortschritt im überschaubaren kantonalen und kommunalen Rahmen wieder vermehrt erkämpfen, weil sie sich nicht mehr allein auf den Einsatz ihrer nationalen Funktionäre verlassen können.

Banken und Proleten

Wie sich schweizerische Bankiers den Proletarier vorstellen, stand in einem Wochenbericht der Bank Julius Bär & Co. AG zu lesen. Unter dem Titel «Verbürgerlichung der Arbeiterschaft und Proletarisierung des Bürgertums» haben wir folgende Definition der «proletarischen Geisteshaltung» gefunden:

«Es handelt sich um: Arbeitsunlust, Ausweichen vor An-